

24
75

Union in Deutschland

Bonn, den 12. Juni 1975

Gemeinsame Strategie für 1976

Die Präsidien der CDU und CSU haben sich am 10. Juni 1975 in einer eintägigen Sitzung über die politische Lage und über die für 1976 möglichen Strategien gründlich beraten. In beiden Problembereichen wurde Übereinstimmung festgestellt, auch hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Behandlung dieser Fragen.

In einer zweiten Beratung am 19. Juni 1975 sollen alle noch anstehenden Fragen einschließlich der Frage des Kanzlerkandidaten abschließend behandelt werden.

„Wir haben heute in einer sehr langen, fast den ganzen Tag währenden Diskussion über alle Grundfragen unserer Politik gesprochen“, stellte Helmut Kohl zu dem gemeinsamen Kommuniqué fest. „Das Ganze fand in einem sehr kameradschaftlichen und freundschaftlichen Rahmen statt, und wir haben in den Punkten, die wir heute besprochen haben, weitgehende Übereinstimmung erzielt. Ich bin also unter diesem Gesichtspunkt mit diesem Tag sehr zufrieden“.

Die Frage, warum es notwendig war, für die gemeinsamen Beratungen einen weiteren Termin anzuberaumen, beantwortete Helmut Kohl wie folgt:

„Wir hatten diesen Alternativtermin bereits

Fortsetzung auf Seite 2

■ 23. BUNDES- PARTEITAG

UId-Interview mit dem Generalsekretär der CDU Prof. Kurt. H. Biedenkopf zur „Mannheimer Erklärung“; dazu das Presseecho auf die Erklärung in der Dokumentation

■ BILDUNG

Eine klare Alternative setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Regierungsentwurf der Bundesregierung zur Reform der beruflichen Bildung, der bislang von allen Seiten nur heftige Kritik erfahren hat, entgegen.

Seite 5/6

■ GESUNDHEIT

Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist durch rasante Kostensteigerungen zunehmend stärker belastet. Aus diesem Grund brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Große Anfrage im Parlament ein, um zu einer Diskussion über das Gesundheitswesen zu kommen.

Seite 7/8

■ KONJUNKTUR

Das Märchen vom Aufschwung war eines der größten politischen Betrugsmanöver der sogenannten „sozial-liberalen“ Koalition, die zur Überwindung der wirtschaftlichen und damit verbundenen sozialen Schwierigkeiten kein ernstzunehmendes Konzept hat.

Seite 11/12

■ INFORMATIONEN

Helmut Kohl begrüßt Englands Ja zu Europa

Zum Ausgang des EG-Referendums — mit einer klaren Zweidrittelmehrheit (67,4 : 32,2) hat sich die britische Wählerschaft für ein Verbleiben Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen — erklärt der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl: „Die CDU begrüßt dieses überzeugende Ergebnis als Ausdruck der Solidarität Englands mit Europa. Das Votum der britischen Wähler signalisiert großes Vertrauen in die europäische Einigungsidee. Jetzt ist die Stunde gekommen, einen entscheidenden Schritt in Europa voranzugehen. Dieser Schritt muß darin bestehen, Voraussetzungen zu schaffen, daß im überstaatlichen, europäischen Rahmen demokratische Entscheidungsprozesse ermöglicht und durchgesetzt werden können. Die britische Entscheidung bestärkt die CDU und ist Voraussetzung dafür, weiterhin

Fortsetzung von Seite 1

vorgesehen, weil es eben doch ein großes Feld ist, das wir heute gemeinsam abgesprochen haben. Und insofern ist es sehr vernünftig, daß wir uns nicht selbst unter Zeitdruck gesetzt haben.“ In der ersten Besprechung habe die Außenpolitik im Vordergrund gestanden, am 19. Juni werden die innenpolitischen Themen den Schwerpunkt bilden.

CDU und CSU werden, das ist sichergestellt, gemeinsam handeln, um die SPD/FDP-Regierung 1976 abzulösen.

mit Mut und Ausdauer für ein gemeinsames europäisches Bewußtsein zu kämpfen.“

Nur noch Sockelgehalt für Spitzenbeamte?

Spitzenbeamte in der Öffentlichen Verwaltung — etwa vom Ministerialrat aufwärts — sollen in Zukunft nur noch ein bestimmtes „Sockelgehalt“ auf Lebenszeit garantiert bekommen. Darüber hinaus sollen ihnen Funktions- und Leistungszulagen gewährt werden, die dann wieder gestrichen werden können, wenn der betreffende Beamte eine entsprechende Funktion nicht mehr ausfüllt. Einen entsprechenden Vorschlag hat in Stuttgart die von den CDU-Fraktionsvorsitzenden der Landtage eingerichtete Kommission zur Reform des öffentlichen Dienstes unterbreitet. Die Kommission will nach den Worten ihres Vorsitzenden, des Fraktionschefs im baden-württembergischen Landtag, Lother Späth, noch im Herbst der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden ein umfassendes Konzept vorlegen.

Abfindung soll Ausländer zur Rückkehr ermutigen

Eine Bundesratsinitiative bereitet zur Zeit die Landesregierung Baden-Württemberg mit dem Ziel vor, die Rückkehr arbeitsloser Ausländer in ihre Heimat zu fördern. Aufgrund einer entsprechenden Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes soll die Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeit erhalten, ausländischen Arbeitnehmern unter bestimmten Voraussetzungen an Stelle der monatlichen Arbeitslosenunterstützung eine Kapitalsumme zu gewähren, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren. Die Rückkehrhilfe soll bis zu 75 Prozent

der Arbeitslosenunterstützung betragen und mit der Verpflichtung verknüpft sein, die Bundesrepublik innerhalb einer bestimmten Frist für dauernd zu verlassen. Diese Regelung soll nicht für Ausländer aus dem EG-Bereich gelten.

Initiative für besseren Jugendstrafvollzug

Wissenschaftler und Praktiker des Jugendstrafvollzugs werden noch in dieser Legislaturperiode damit beginnen, Grundlagen für eine gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzugs in der Bundesrepublik zu erarbeiten. Der Bundestag billigte einstimmig einen Antrag seines Rechtsausschusses, in dem die Bundesregierung auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert wird, eine entsprechende Kommission zu berufen. Mit dieser Initiative der Union soll dazu beigetragen werden, die hohe Rückfallquote bei jugendlichen Strafgefangenen zu senken.

Offensive gegen Schmidt

Zu einer Generaloffensive gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, aufgerufen. Die Opposition, stellte Wissmann fest, dürfe nicht länger „den Eindruck zulassen, als ob zwar die SPD eine falsche Politik betreibt, Schmidt aber im Grunde ein bürgerlicher Kanzler ist“. Es müsse dem Bürger klargemacht werden, daß Schmidt „weder ein entscheidungsstarker Macher ist, noch eine politische Konzeption über den Tag hinaus besitzt“. Davon, daß das derzeitige falsche Bild von Schmidt zerstört werde, hänge nicht zuletzt der Erfolg der Unionsstrategie bei den Bundestagswahlen 1976 ab.

STICHWORTE

Die USA

sind nach Ansicht von 40 Prozent der Bundesbevölkerung laut einer EMNID-Umfrage „der beste Freund der Bundesrepublik“. Vor zehn Jahren waren es noch 59 Prozent; Tiefpunkt 1973 mit 32 Prozent. Weitere Reihenfolge: Frankreich 15 und Österreich 11 Prozent.

Studierende,

die ihren Wehrdienst ableisten, werden nach einer entsprechenden Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Zukunft in der Förderung nicht mehr benachteiligt.

Jeder vierte Arbeitsplatz

ist nach einer Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in der Bundesrepublik vom Export abhängig.

Tödlich verunglückt

ist der 49 Jahre alte niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete und Landrat des Kreises Rotenburg an der Wümme, Helmut Tietje, für den der 48jährige Landwirt Adolf Freiherr von Wangenheim, Waake, nachrücken wird.

Erstmals

über einen eigenen Titel im Bundestag verfügt das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das bislang über die Fraktionen des Bundestages finanziert wurde. Mittel in Höhe von 377 200 DM wurden jetzt freigegeben.

Das Präsidium

des Deutschen Richterbundes hat es in einem Beschluß zu der von der Bundesregierung geplanten Familienrechtsreform abgelehnt, eine Ehe nach dreijähriger Trennung als „unwiderlegbar zerrüttet“ gelten zu lassen.

Helmut Kohl:

17. Juni – Gedenktag der Einheit in Freiheit

Der 17. Juni ist der Gedenktag der nationalen Einheit in Freiheit. Alle Deutschen sind aufgerufen, diesen Tag in angemessener Würde zu begehen. Wir gedenken an diesem Tag der Erhebung unserer Landsleute in der sowjetisch besetzten Zone gegen die kommunistische Gewaltherrschaft. Unter schweren Opfern haben deutsche Mitbürger ihren Willen zur Freiheit bezeugt. So wurde dieser Tag zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit. Aber dieser Tag ist – wie der 20. Juli – von Anfang an auch als ein Tag des Stolzes gesehen worden, an dem Deutsche sich gegen die Diktatur und Tyrannei erhoben. Die deutsche Geschichte ist nicht reich an solchen Tagen.

Der 17. Juni macht uns aber auch deutlich, daß unser Bemühen um Freiheit und Einheit bisher erfolglos geblieben ist. Bis heute konnte die Verwirklichung der Selbstbestimmung und der Menschenrechte im anderen Teil unseres Vaterlandes nicht erreicht werden. Wenn jetzt von manchen die Bedeutung des 17. Juni als eines nationalen Gedenktages angezweifelt und dieser Tag als Tag der Freizeit benutzt wird, so zeigt dies, daß es an Geduld und Mut fehlt. Die CDU hat die notwendige Ausdauer, sie hält unbeirrt an ihrem Ziel fest, Freiheit und Einheit für unser ganzes deutsches Volk zu erringen.

Bis das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung über seine Einheit entscheiden kann, ist es Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, Treuhänder einer freiheitlichen Verfassung auch für unsere Mitbürger im unfreien Teil unseres Vaterlandes zu sein. Um die Einheit der Nation zu erhalten und zu stärken, müssen wir die geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten verdeutlichen und vergrößern. Auch das ist einer der Gründe, weshalb die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands verbessert werden müssen.

CDU lädt Häftlinge in den NRW-Landtag ein

Die Gruppe junger Gefangener aus der Strafvollzugsanstalt Siegburg, die von Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) als Besucher des Bonner Parlaments abgelehnt wurde, ist jetzt von dem CDU-Abgeordneten Dr. Hans-Ullrich Klose in den nordrhein-westfäli-

schen Landtag eingeladen worden. Der justizpolitische Sprecher der CDU-Fraktion erklärte zu seiner Einladung, die zehn vor dem Hauptschulabschluß stehenden Jugendlichen hätten das Recht, die Arbeit einer Volksvertretung kennenzulernen. Scharfe Kritik übte er an der Haltung von Frau Renger. Es sei ein Skandal, jungen Menschen den Besuch eines Parlaments zu verwehren.

■ BERUFLICHE BILDUNG

Klare Alternative zu dem Gesetzentwurf der Regierung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 10. Juni 1975 einstimmig einen Initiativantrag zur weiteren Reform der beruflichen Bildung verabschiedet. Dieser Antrag steht damit am 19. Juni 1975 als Alternative zum Regierungsentwurf auf der Tagesordnung des Plenums. Einige, die die Diskussion über die berufliche Bildung nicht immer genau verfolgt haben, werden sagen: Endlich eine Alternative. Andere, die die Politik der Union zur beruflichen Bildung kennen, werden sagen: Wieso schon wieder eine Initiative?

In der Tat, sowohl in der 6. wie in der laufenden 7. Legislaturperiode war die Union die einzige Bundestagsfraktion, die mit Vorschlägen zur Verbesserung der beruflichen Bildung im Bundestag angetreten ist. Sie hat ein Sofortprogramm zum Ausbau überbetrieblicher Einrichtungen, ein Dringlichkeitsprogramm zur Vermeidung des drohenden Lehrstellenmangels und im Frühjahr vorigen Jahres einen umfassenden Antrag zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes vorgelegt.

Aber die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und FDP, die in allen Ausschüssen des Deutschen Bundestages die Mehrheit besitzen, haben die Initiativen der Union in den Ausschüssen schmoren

lassen, da sie selbst erst ihr Konzept suchten.

Der Regierungsentwurf liegt nun endlich vor, nachdem die Legislaturperiode fast zu Ende ist und als Folge der Berufsbildungspolitik der SPD/FDP-Koalition in den letzten Jahren die Gefahr eines neuen Numerus clausus' auch für Lehrstellen entstanden ist. In der vorliegenden Form ist der Regierungsentwurf jedoch ein totgeborenes Kind: Bisher hat er von allen Seiten von Anfang an nur heftige Kritik erfahren.

Die Bundesregierung sollte den Initiativantrag der Union so verstehen wie er gemeint ist: Als „goldene Brücke“ zu einer wirklichen Reform, die vor allem den Jugendlichen nützt. Der Antrag enthält folgende wesentliche Grundpositionen, die unter den Kapitelüberschriften stehen:

- Berufliche Erstausbildung;
- Sonderformen der Ausbildung für leistungsschwache und behinderte Jugendliche;
- Fort- und Weiterbildung;
- Abstimmung der Maßnahmen von Bund, Ländern, Betrieb und Schule;
- Staatliche Verantwortung und Verantwortung der Wirtschaft für die Sicherung der Ausbildungsqualität;
- Finanzierung der beruflichen Bildung.

① Der Antrag der Union geht davon aus, daß das vorrangige Ziel in der beruflichen Bildung die Sicherung

eines quantitativ ausreichenden Angebotes an qualifizierten Ausbildungsplätzen sein muß. Das Ja zum dualen System von Betrieb und Schule setzt die vorbehaltlose Bejahung und aktive Förderung der betrieblichen Ausbildung, verstärkte Anstrengungen für den Ausbau des beruflichen Schulwesens sowie ein wirksames Abstimmungsverfahren von Schule und Betrieb voraus.

② Kernstück einer Reform der beruflichen Bildung ist eine wirksame Abstimmung der Maßnahmen von Bund und Ländern, von Betrieb und Schule, insbesondere zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen. Dazu schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Vereinbarung von Bund und Ländern vor, auf deren Grundlage eine Zentralstelle für berufliche Bildung errichtet wird. Bei der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen sollen die Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern an berufsbildenden Schulen gleichberechtigt mitwirken.

Die Zentralstelle für berufliche Bildung soll darüber hinaus die Aufgabe haben, den Bund in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung zu beraten und bei der Erstellung von Grundsätzen und Richtlinien mitzuwirken. Im Unterschied zum Bundesinstitut für Berufsbildung, das die Bundesregierung vorgeschlagen hat, gewährleistet dieser Vorschlag, daß auf der Grundlage der bestehenden Kompetenzen von Bund und Ländern eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Zusammenarbeit unter Einbeziehung aller für die Berufsbildung verantwortlichen (einschließlich der Lehrer an berufsbildenden Schulen) gewährleistet ist.

③ Im Vergleich zur bestehenden gesetzlichen Regelung schlägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine

Ausweitung der Kompetenzen des Berufsbildungsausschusses vor:

— Mitwirkung bei der Bestellung und Abberufung von Ausbildungsberatern sowie der anderen Beschäftigten der Kammern, die überwiegend mit wesentlichen Aufgaben der Berufsbildung befaßt sind,

— Mitwirkung bei der Erstellung des Haushaltsplanes der Kammern betr. die Mittel für die Berufsbildung,

— Berichtspflicht der Ausbildungsberater auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Berufsbildungsausschusses.

④ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt ein über den Regierungsentwurf hinausgehendes Kontrollrecht des Staates vor. Die Zulassung der Ausbildungsbetriebe und der Entzug der Ausbildungserlaubnis soll von den zuständigen Stellen nach bundeseinheitlichen Richtlinien vorgenommen werden.

⑤ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Finanzierungsvorschläge der Bundesregierung als bürokratisch, ineffizient und für die Ausbildungsbetriebe nicht hilfreich ab. Die Vorstellung der Bundesregierung, daß das Angebot an Lehrstellen erst unter eine bestimmte Grenzlinie absinken muß, um dann eine langwierige Prozedur in Gang zu setzen, wird weder den Interessen der Jugendlichen noch den Interessen der Betriebe gerecht.

Statt dessen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Anhörung im Bundesausschuß für Bildung und Wissenschaft über das Berufsbildungsgesetz die Frage in den Mittelpunkt stellen, inwieweit ein System des kontinuierlichen Lastenausgleichs, beispielsweise über die Berufsgenossenschaften, eine quantitative und qualitative Verbesserung der Ausbildung und eine Stärkung der Ausbildungsbereitschaft in den Betrieben erreichen kann.

■ BUNDESTAG

Gesundheitsversorgung fordert Verantwortung von allen

Für die Bürger der Bundesrepublik zieht für die nahe Zukunft eine große Gefahr herauf. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durchlebt zur Zeit eine Phase derartig inflationärer Kostensteigerungen, daß „Kranksein unbezahlbar“ zu werden droht, wie es der rheinland-pfälzische Sozialminister Heinrich Geißler einmal formulierte.

Bereits im Juli des vergangenen Jahres hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag deshalb eine Große Anfrage zur Gesundheitspolitik mit dem Ziel eingebracht, zu einer breiten parlamentarischen Diskussion über die Situation des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Im Hinblick auf die Bedeutung der Gesundheitspolitik haben die Öffentlichkeit wie auch das Parlament Anspruch auf eine umfassende Information hinsichtlich der Prioritäten der Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung.

In der ausführlichen Bundestagsdebatte (5. Juni 1975) wurden mit Ausnahmen von Problemen der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und Fragen zum Arzneimittelwesen, für die zur Zeit entsprechende Initiativen in den zuständigen Gremien beraten werden, alle gesundheitspolitisch bedeutenden Gebiete angesprochen. Sie wurde neben der Frage nach den zukünftigen Schwerpunkten von Forschungsvorha-

ben im medizinischen Bereich, Möglichkeiten zur Verbesserung der Gesundheitsaufklärung und Erziehung der Bevölkerung, wie auch Probleme der Sicherstellung ärztlicher Versorgung der Bevölkerung im ambulanten und stationären Bereich behandelt.

Seitens der CDU/CSU-Fraktion wurden im Verlauf der Debatte zwei Entschließungsanträge eingebracht. In diesen Anträgen wird die Bundesregierung aufgefordert, baldmöglichst einen Gesetzentwurf über Explantation und Transplantation vorzulegen, aber auch weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens einzuleiten, so unter anderen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Gesundheitserziehung führen. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob ein besonderes Berufsbild eines Gesundheitserziehers geschaffen werden sollte.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen forderte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Prinz Botho zu Sayn-Wittgenstein, die Realisierung folgender Vorschläge:

① Gesetz- und Verordnungsgeber müssen in Zukunft auf eine permanente Ausweitung der Leistungen und Pflichten der sozialen Krankenversicherung in Richtung auf maximale und optimale Leistungen zu Lasten des Notwendigen, Wirtschaftlichen und Ausreichenden verzichten;

② Die Finanzierungsmittel müssen umgeschichtet werden von den besonders teuren Akut-Krankenhäusern, deren Bettenzahl als durchaus ausreichend, wenn nicht überhöht, bezeichnet werden kann, auf Tageskliniken, Nachsorgekliniken, Sozialstationen und Pflegeheime;

③ Rationalisierung, d. h. funktionsbezogenere Kooperation und Arbeitsteilung der verschiedenen Bereiche der gesundheitlichen Versorgung;

④ Wirtschaftlichere Gestaltung der Betriebsabläufe in den einzelnen Bereichen des Gesundheitswesens und Krankenversorgung;

⑤ Stärkung der Eigenverantwortung des Bürgers und seiner Bereitschaft zur selbständigen Vorsorge;

⑥ Entwicklung einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, einer Kosten-Nutzen-Analyse für das gesamte Gesundheitswesen, da die sogenannte Gesundheitsökonomik in der Bundesrepublik nur schwach bisher entwickelt ist. Planung und Erfolgskontrolle müssen mehr als bisher als Mittel zur wirtschaftlichen Verwendung der Finanzmittel eingesetzt werden.

Gesundheitspolitische Schwerpunkte der beiden Gesetzentwürfe zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung, die am gleichen Tage im Bundestag behandelt wurden, sind die vorgeschlagenen Änderungen im Kassenarztrecht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt dabei, nach den Worten der Abgeordneten Hanna Neumeister, ausdrücklich folgende Vorschläge:

● die Bedarfsplanungen, aufgrund deren der Bedarf von Ärzten vor allem auf dem Lande systematisch ermittelt werden soll;

● die Unterstützung der bereits beste-

henden und auch genutzten Steuermöglichkeiten der Kassenärztlichen Vereinigungen zur Sicherstellung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung.

Das als letztes Mittel vorgeschlagene Instrument einer Zulassungssperre für Ärzte und Zahnärzte innerhalb bereits ausreichend versorgter Gebiete hält die CDU/CSU zwar für populär, aber in seiner Effizienz für äußerst problematisch. Es ist auf die Gefahr hinzuweisen, daß sich jüngere Ärzte dann möglicherweise nicht niederlassen, sondern sich im Krankenhaus weiter spezialisieren, was der Gewinnung besonders erforderlicher Ärzte für Allgemeinmedizin entgegensteht.

Die CDU/CSU wendet sich gegen eine Systemveränderung und vor allem gegen Ambulatorien der Krankenkassen, weil dadurch die anstehenden Probleme nicht zu lösen sind. Sie spricht sich statt dessen für eine intensive Kooperation aller Beteiligten aus und schlägt vor, daß ärztliche Leistungen, die im ländlichen Gebiet unter erschwerten Umständen zu erbringen sind, in den Bewertungsmaßstäben der Kassenärztlichen Vereinigungen mit Zuschlägen ausgestattet werden, wobei allerdings die Honorarsumme insgesamt unverändert bleiben muß, damit Krankenkassen und Versicherte durch diesen Vorschlag mit keinem Pfennig mehr belastet werden.

Darüber hinaus fordert die CDU/CSU die verstärkte Förderung der Ausbildung von Medizinstudenten in Allgemeinmedizin und die längst überfällige Änderung der ärztlichen Gebührenordnung mit dem Ziel, die ärztliche Beratungsleistung gegenüber den medizinisch-technischen Leistungen höher zu bewerten als bisher.

■ KOALITION

Weyer „schockiert“ FDP

Ex-Innenminister Weyer (FDP) hat seine Parteifreunde in Düsseldorf „schockiert“. In einem dpa-Interview übte er scharfe Kritik am Koalitionsvertrag zwischen SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen. Das Düsseldorfer Bündnis sei so fest zementiert, meinte Weyer, daß es „im Grunde genommen den Tod eines Parlaments“ bedeute. „Es darf doch nicht das Bündnis Regierung/Fraktion so fest zementiert werden“, erklärte Weyer wörtlich, „daß man jegliche Verhandlungs- und Initiativfreiheit einer Regierung auf ganz bestimmte Wege einengt.“ Es sei „wohl eine neue Entwicklung“, daß die Partner „bis zum letzten Komma nun alles ausformulieren“. „Schlicht und einfach geschockt“ reagierte die FDP-Fraktion in Düsseldorf auf die Weyer-Äußerungen. Fraktionschef Koch nannte die Kritik „völlig unverständlich“.

„An den erlebten Interessen der Arbeitnehmer vorbei“

Harte Worte der Kritik hat die SPD-verbundene Dr. Julius-Leber-Gesellschaft in einem Schreiben an den SPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein in Travemünde gerichtet. Sie erteilte jenen Kräften in der SPD eine deutliche Abfuhr, die links an den „erlebten Interessen der Arbeitnehmer“ vorbeireden und in völlig unverständlichem „Politjargon“ die Systemüberwindung predigen. Abgelehnt werden in dem Schreiben auch jene Kräfte in der SPD, die für radikale Gegner der demokratischen Ordnung als Lehrer oder Richter eingetreten.

Besonders attackiert die Gesellschaft das Verhalten einiger SPD-Mitglieder im Umgang mit der Presse. Die Verwendung des Ausdrucks „schweinemäßig“ (SPD-Landesvorsitzender Steffen) sei nicht allein eine Frage des Geschmacks. Dieser auf die Landespresse gemünzte Ausdruck sei auch sachlich falsch und beleidigend. Es könne nicht hingenommen werden, wenn auf solche Weise bei der Charakterisierung der Presse der Vergleich mit dem Nationalsozialismus ungerechterweise verwandt werde.

Offener Streit in der Hessischen SPD

In offenem Streit gingen die SPD-Parteitage in Hessen-Nord und Frankfurt über die Bühne, bei denen jeweils die Linken zum offenen Konflikt mit der Mehrheit der Partei aufriefen. Die Parteitagsdebatte der SPD Hessen Nord entzündete sich in Kassel zum Thema „Abwehr Radikaler vom Öffentlichen Dienst“ vor allem an einem Antrag, der sich gegen „Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung durch den Verfassungsschutz“ aussprach. Nachdem über einen entschärften Abänderungsantrag abgestimmt und der weitergehende Antrag erst gar nicht mehr zur Abstimmung kam, war für die Linken der „Causus belli“ gekommen. Der Wortführer der Linken, Horst Peter: „Wenn über diesen Antrag nicht abgestimmt werden kann, ist für mich dieser Parteitag erledigt.“ In den Reihen der Linken wurde sogar erwogen, den Parteitag zu verlassen.

Krach auch in Frankfurt: Mit einer schweren Niederlage für die Führungsspitze und Rudi Arndt und Karsten Voigt endete die Programmdiskussion der Frankfurter SPD über ihren Beitrag

zum „Orientierungsrahmen '85“. Mit großer Mehrheit wurden Abänderungsanträge verabschiedet, die nach Ansicht von Arndt „nicht mehr mit dem Godesberger Programm übereinstimmen“. Gemeint sind die Aussagen für eine Vergesellschaftung aller privaten Produktionsmittel und für eine direkte Investitionslenkung. Arndts Warnungen wurden mit dem Hinweis abgeblockt, die Mehrheit nehme sein „Papstwort“ nicht mehr hin.

„Festgeschweißter Block“

Führende Politiker der Union haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die FDP keine eigenständige politische Kraft mehr ist. Dieser Ansicht scheint sich jetzt auch die SPD anzuschließen. Der SPD-Parlaments-Pressedienst PPP bezeichnete in seiner Ausgabe vom 28. Mai in einem Beitrag über den Ausgang der saarländischen Landtagswahl die 25 Abgeordneten der bisherigen Oppositionsparteien als einen „festgeschweißten Block aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten“. Kommentator aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Festgeschweißter Block: So genau wollen wir's nun auch nicht wissen. Aber vielleicht der Wähler...?“

Telefonanruf brachte SPD aus dem Rhythmus

Ein einfacher Telefonanruf des CDU-Bundesschatzmeisters, des in Hessen ansässigen Walter Leisler Kiep, wurde mit zur Entscheidungshilfe bei den jüngsten Koalitionsauseinandersetzungen in Hessen. Der FDP-Landtagsfraktion erläuterte der hessische Kultusminister Krollmann just jene Ansichten zur Bildungspolitik, die man bei der FDP als „bewußt falsche Auslegung des

Koalitionspapiers durch die SPD“ bezeichnet. Die Stimmung sei, so die Auskunft eines FDP-Parlamentarierers, „kurz vor dem Platzen gewesen“, als ein Bediensteter des Landtages den Sitzungssaal betrat und sich laut mit den Worten an Wirtschaftsminister Herbert Karry (FDP) wandte: „Telefon bitte, Herr Kiep für Herrn Karry!“

Ob es Kieps Anruf allein war oder die Erkenntnis, daß an diesem Tag mit der FDP nicht zu spaßen sei: Ministerpräsident Oswald (SPD) gab kurz nach diesem Vorfall den Wink zum Einlenken. Dazu ein FDP-Abgeordneter: „Wenn die CDU wüßte, wie nahe wir manchmal daran sind, unsere Koalitionsentscheidung zu überprüfen...“

Weswegen Walther Leisler Kiep tatsächlich anrief? Minister Karry: „Es ging um irgendeine harmlose Ordensverleihungssache.“

Keine Ahnung...?

Bundesverkehrsminister Gscheidle (SPD) hat offenbar keine Ahnung von der Geschäftspolitik eines seiner wichtigsten Aufsichtsbereiche, der Deutschen Bundesbahn. Der Bundesminister hatte am 2. Juni in Hannover erklärt, er erwarte, daß die Bundesbahn noch in diesem Jahr ihre Preise erhöhen werde. „Mit Sicherheit“ werde es zu Preisbewegungen bei den Gütertarifen kommen. Was beim SPD-Bundesminister „mit Sicherheit“ bereits Gewißheit war, davon wollte die Deutsche Bundesbahn keineswegs etwas wissen. Durch einen Sprecher ließ die DB-Hauptverwaltung in Frankfurt den Minister über die Presse wissen, daß bei der Bahn „nicht die Absicht“ bestehe, die Tarife in Güter- und Personenverkehr noch in diesem Jahr anzuheben.

SPD/FDP-KONJUNKTURPOLITIK

Ein großer Betrug des Wählers war das Märchen vom Aufschwung

Eines der wohl größten politischen Betrugsmanöver der SPD/FDP ist durch die jüngste Entwicklung im Bereich der Finanz- und Konjunkturpolitik aufgedeckt worden. Vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland hieß die SPD den Bürger „den Aufschwung wählen“. Wenige Wochen später ist von dieser Prophetie nichts mehr geblieben. Von da und dort noch verbliebenen Wahlplakaten verkündet Helmut Schmidt nicht mehr den Aufschwung; vielmehr schaut er vergilbt in die bundespolitische Szene, wo Arbeitslosigkeit das Bühnenbild und Steuererhöhungen der Text der „sozial-liberalen“ Konjunkturtragödie sind.

Eine Zeitung, die keineswegs in dem Ruf steht, der Union geneigt zu sein, die Neue Ruhr-Zeitung, faßte am 4. Juni, einen Tag nach der Bekanntgabe der bevorstehenden Attacke auf die Geldbeutel, den Unmut des Bürgers so zusammen:

„Die meisten Bürger werden heute morgen das Gefühl gehabt haben, sie hätte ein Pferd getreten — um bei der flotten Ausdrucksweise des Bundestanzministers zu bleiben. Nachdem vorläufig keine Wahl mehr ansteht, hat Hans Apel gestern unverblümt Steuererhöhungen angekündigt. Sowie der ersehnte Konjunkturaufschwung da ist, soll sofort

auch der Steuerzahler auf Schwung gebracht werden. Freilich wird es dem wortflinken Kassenwart kaum gelingen, bei den Betroffenen auch nur die Spur von Verständnis für derartige Pläne zu finden. Schließlich will der Staat den Steuerpflichtigen ungeniert in die Tasche greifen, nachdem er ihnen eben erst durch die Steuerreform eine — ohnehin vielfach zweifelhafte — Erleichterung gewährte. Vielleicht denken Apel und seine Regierungskollegen noch einmal darüber nach. Noch haben sie ja Zeit genug. Denn der Aufschwung läßt entgegen ihren Ankündigungen weiter auf sich warten . . .“

Der Bürger bekam ziemlich roh zu spüren, daß Bundeskanzler Schmidt nicht mehr in der Lage ist, die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner Regierung zu koordinieren. Die zahlreichen widersprüchlichen und unausgegorenen Aussagen zur Konjunkturlage aus dem Regierungslager sind allenfalls dazu angehtan, in der Öffentlichkeit immer mehr Unruhe und Unsicherheit zu verbreiten. Monatelang hat der Kanzler davon geredet: Der Aufschwung kommt — im Frühjahr, dann im Sommer, später im Herbst oder im Laufe der zweiten Jahreshälfte. Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium scheint da anderer Ansicht als der Kanzler: Für ihn kann der Aufschwung gar erst 1976 kommen.

So redet nach Meinung des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion, Ernst Müller-Hermann, ein Mann, der nur noch ein Ziel kennt: Um jeden Preis an der Macht zu bleiben, auch um den Preis einer bewußten Täuschung des Wählers. Und was, fragt Müller-Hermann, ist von einem Mann zu halten, der monatelang durch die Lande zieht und die Investitionszulage als die Wunderdroge zur Belebung der Konjunktur preist, dessen federführender Minister aber jetzt erklärt, die Investitionszulage zugunsten der Wirtschaft, die die breite Masse der Steuerzahler rund acht Milliarden DM kostet, sei ein „Steuergeschenk“ und ein „wenig geeignetes Mittel zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit“, genau die Bewertung übrigens, mit der die Union die Bundesregierung immer wieder gewarnt hat.

Was wahr war durfte nicht wahr sein

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, machte sich Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung am 17. Mai 1974 stark, werde es unter seiner Führung nicht geben. Bis zu den Landtagswahlen wurde diese Parole gehalten, weil nicht wahr sein durfte, was zu diesem Zeitpunkt schon unausweichlich war. Jede Behauptung über Steuererhöhungen bekam von Finanzminister Apel das Prädikat „Spekulation“, die „jeder konkreten Grundlage entbehre“ und „völlig fehl am Platz und sinnlos“ sei. In der Tat: Die bittere Wahrheit war für die SPD vor dem 4. Mai fehl am Platz und im Interesse eines guten Wahlergebnisses folgerichtig auch völlig sinnlos.

Wenn Apel erklärt, er wolle „offen und ehrlich und unabhängig von Wahlterminen über Steuererhöhungen sprechen“, so ist das nach Meinung von Müller-Hermann ein Treppenwitz, denn gerade

er und die ganze Bundesregierung hat die Öffentlichkeit am laufenden Band und besonders vor den Wahlen belogen.

Auch der Bundeswirtschaftsminister kann keineswegs für sich die Herzenswärme reklamieren, ihm sei am Vertrauen des Bürgers besonders gelegen. Vielmehr reiht sich FDP-Mann Friedrich in die Phalanx seiner SPD-Kollegen ein. Immer wieder warf er der Union Schwarzmalerei vor, um nun durch seinen Staatssekretär fast genau mit den Worten der Opposition, die unlängst noch Krisengerede waren, markant feststellen zu lassen, daß bis zum Wiederaufschwung „eine längere Durststrecke durchgestanden“ werden muß. Unverfroren heißt es jetzt aus dem Wirtschaftsministerium, nachdem man vor Wochen noch keinen Anlaß zur Änderung der wirtschaftspolitischen Orientierungsdaten sah, man könne froh sein, „wenn es gelinge, (im Wachstum) die Null-Linie zu erreichen“.

Unterdessen ist die Bundesregierung über die hohe Arbeitslosigkeit „betroffen“. Der finanzpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Franz Josef Strauß, fand da die passenderen Worte. Die Mai-Zahlen, nicht nur die Zahl der Arbeitslosen und der neue Anstieg der Kurzarbeit, stellte er fest, sondern auch die noch immer erschreckend geringe Zahl der offenen Stellen machen wieder einmal deutlich, daß von einem beginnenden Aufschwung noch immer keine Rede sein kann. Die Zahl der Arbeitslosen wie auch die Ankündigung von Steuererhöhungen beweisen einmal mehr, in welchem Umfang Bundeskanzler Schmidt und der SPD/FDP-Block unsere Bürger vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland durch falsche Aufschwungparolen betrogen und arglistig getäuscht haben.

■ BUNDESWEHR

Koalition nimmt Abschied von der allgemeinen Wehrpflicht

Nach dem Willen der Bundesregierung soll das Anerkennungsverfahren der Wehrdienstverweigerer in der Bundesrepublik weitgehend verändert werden. Mit der Vorlage der Koalition, so faßte der sicherheitspolitische Sprecher Manfred Wörner die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen, verschlechtern sich Struktur und Situation der Verteidigung grundlegend. Was nun vorliegt, ist nicht allein nur die Aussetzung des Anerkennungsverfahrens, sondern eine so einschneidende Veränderung durch faktische Umkehr der Beweislast, daß man von einer Abschaffung reden muß.

Selbst eine theoretisch mögliche Wiedereinführung des Anerkennungsverfahrens müßte völlig wirkungslos bleiben, da es an die Umkehr der Beweislast gebunden bleibt. Hier wird praktisch, so Wörner, die Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und Zivildienst eingeführt. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit diesem Gesetz in der Praxis Abschied von der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist ebenso unverständlich wie enttäuschend, daß Bundesminister Leber sich allen wesentlichen Forderungen der Koalition nach anfänglichem Widerstand unter dem Druck von Wehner und Mischnick gebeugt hat.

Der Schaden für die Verteidigungsfähigkeit unseres Volkes ist unabsehbar. Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr werden — vor allem im Spannungs- und Krisenfall — ernsthaft beeinträchtigt.

Wieder einmal wird gezielt vor Bundestagswahlen ein Wahlgeschenk auf Kosten der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Die CDU/CSU wird sich dem mit allen Kräften widersetzen. Ihre Alternative liegt auf dem Tisch.

Die Bedenken der Union gegenüber den vorgesehenen Regelungen im einzelnen:

① In den vorgesehenen Verfahrensgrundsätzen wird ausdrücklich festgestellt, daß der Antragsteller anzuerkennen ist, wenn Zweifel bleiben, ob er sich zu Recht auf Art. 4 Abs. 3 GG beruft. Die Einschränkung „es sei denn, daß die Berufung auf die Gewissensentscheidung nach seinem Gesamtverhalten nicht glaubhaft ist“, wird völlig entwertet durch die Bestimmung, daß „die Ablehnung nur auf gerichtlich nachprüfbare Tatsachen gestützt werden“ darf. Das bedeutet nichts anderes, als daß eine Ablehnung in Zukunft praktisch nur noch für diejenigen in Frage kommt, der sich — wie etwa die Terroristen der Baader-Meinhof-Bande — in Wort, Schrift oder Tat zur Waffengewalt bekannt oder sie geübt hat. Dies ist nichts anderes als die faktische Umkehr der Beweislast. Das Verfahren

wird dadurch zu einer reinen Farce degradiert.

② Auch der schon dienende Soldat kann angesichts der Umkehr der Beweislast ohne jede Schwierigkeit seine Anerkennung als Wehrdienstverweigerer durchsetzen.

③ Das Verfahren kann zwar wieder eingeführt werden, wenn die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen nicht ausreicht, die Erfüllung des Verteidigungsauftrages der Streitkräfte sicherzustellen; aber dies auch nur in der modifizierten Form, und das heißt, mit Umkehr der Beweislast. Eine Wiedereinführung des Verfahrens bliebe also wirkungslos und wäre nicht geeignet, personelle Lücken der Bundeswehr zu schließen.

④ Wenn eine bloße Erklärung gegenüber dem Kreiswehersatzamt genügt, dann ist dem Mißbrauch des Verweigerungsrechts, das vom Grundgesetz ausdrücklich auf Gewissensgründe beschränkt wurde, Tür und Tor geöffnet. Wer will verhindern, daß nicht Gewissensgründe, sondern Zweckmäßigkeitsüberlegungen wie etwa die Abwägung der Vor- und Nachteile von Kasernierung, heimatferner Verwendung, Einschränkung von Freizeit und Bewegungsfreiheit den Ausschlag für seine Entscheidung geben? Damit wird der von Theodor Heuss befürchtete „Massenverschleiß des Gewissens“ gefördert.

⑤ Die Zahl der Zivildienstplätze reicht heute nicht aus, um die seither über 30 000 jährlichen Antragsteller aufzunehmen. Es ist vorherzusehen, daß die Zahl der Antragsteller weiter steigen wird, wenn sich herumspricht, daß nicht alle Wehrdienstverweigerer zum Zivildienst gezogen werden. Dies muß zu einer erneuten Verschärfung der Wehr-

ungerechtigkeit führen, die Zahl der Zivildienstplätze im erforderlichen Ausmaß auszuweiten.

⑥ Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht als einer staatsbürgerlichen Grundpflicht setzt voraus, daß der Wehrdienst als die Regel, die Wehrdienstverweigerung als die Ausnahme angesehen wird. Mit der faktischen Gleichstellung wird dies zunehmend aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verschwinden. Darunter muß die Verteidigungsbereitschaft unseres Volkes leiden.

⑦ Das Verfassungsgebot zur Verteidigung, auf das sich die Bundeswehr gründet, wird in seiner politischen Bedeutung herabgedrückt. Das Verfassungsverbot, den Pazifisten gegen sein Gewissen zu den Waffen zu zwingen, wird in seinem moralischen Rang degradiert. Die Notwendigkeit, sich einem Examen zu unterziehen, bewog zudem alle, die ihre Anerkennung als Pazifisten beehrten, dieses Examen zunächst vor sich selbst abzulegen. Das hat in vielen Fällen dazu geführt, daß Anträge zurückgezogen wurden. Das Erfordernis, das Problem des Einsatzes für die Verteidigung verantwortlich zu durchdenken, statt lässig die scheinbar bequeme Lösung der Verweigerung zu wählen, hat eine pädagogische Wirkung entfaltet, die nun entfällt.

⑧ Die an die Unmöglichkeit grenzende Erschwernis der Ablehnung von Anträgen in dem modifizierten Verfahren führt dazu, daß die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch zahlenmäßig nicht sichergestellt werden kann, wenn die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen nicht ausreicht, die Erfüllung des Verteidigungsauftrages der Streitkräfte sicherzustellen. Dies gilt vor allem im Krisen- und Spannungsfall.

JUSOS

Neue Parole: „Demokratisierung“ der Bundeswehr

Die Jusos werden — auch in der Öffentlichkeit — wieder aktiv. Die vor den Wahlen geübte Zurückhaltung wird aufgegeben. Zum neuen Feld ihrer „Systemveränderung“ haben sie sich jetzt die Bundeswehr ausgesucht, wie das Ergebnis ihrer jüngsten Tagung in Siegen zeigte. Auf einer Pressekonferenz in Bonn verkündete die Vorsitzende Wieczorek-Zeul erneut das Ziel, NATO und Warschauer Pakt aufzulösen und eine mitteleuropäische Entspannungszone zu schaffen.

Dabei wurden die die Realität der sowjetischen Machtstrukturen ignorierenden Zielvorstellungen deutlich, die die Jusos veranlassen, „ein Arbeitsfeld in der Bundeswehr“ auszubauen: Man müsse auf beiden Seiten zu einem Abbau der Feindbilder durch objektiven Systemvergleich gelangen und durch ein Auseinanderrücken der Militärblocke den Prozeß der Entspannung und Abrüstung vorantreiben, heißt es.

Die Erkenntnis, daß die „Osteuropäer ja auch unabhängiger in ihrem Block werden wollen“, wurde zwar ausgesprochen, aber schon bei der Frage, wie sie sich den Abbau der Feindbilder durch objektiven Systemvergleich beispielsweise in der DDR vorstellten, wußten die Jungsozialisten keine Antwort — außer dem Hinweis auf die Existenz der

deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

Die völlig unrealistische Betrachtungsweise der Jusos wurde bei ihrem Bestreben deutlich, den Begriff der Sicherheit gewissermaßen zu entmilitarisieren und Sicherheit in erster Linie als Sicherung in gesellschaftspolitischer Hinsicht, Sicherung der Rohstoffversorgung und Sicherung der Grenzen zu verstehen. Der Gedanke, daß eine Armee „auch“ dazu da sei, Sicherheit vor Expansionsbestrebungen einer Hege-monialmacht zu bieten, klang nur einmal an, als ein Juso-Sprecher einräumte, man könne das System von Befehl und Gehorsam in der Bundeswehr nicht durchbrechen.

Ansonsten dürfte in den Augen der Jusos weniger die Schaffung einer leistungsfähigen Truppe die Aufgabe der Bundeswehr sein, als die Ausbildung „antifaschistischer Demokraten“. Die Jungsozialisten bieten ein komplettes System zur „Demokratisierung“ der Armee an.

So sollen in größeren Standorten Soldateninformationszentren geschaffen werden, die vornehmlich die neu einrückenden Wehrpflichtigen beraten und schulen. Von der Bildung von „Soldatenvertretern“ als Weiterentwicklung des Vertrauensmanns in den Einheiten bis hin zum Wehrpflichtigen-Parlament ist alles vorgesehen.

Politisch am bedeutungsvollsten und zugleich den Bestand des demokratischen Staates am meisten gefährdend, ist folgende Juso-Forderung: Die Verpflichtung des Soldaten „auf die klare antifaschistische Orientierung des Grundgesetzes mit den entsprechenden Konsequenzen in bezug auf die Beurteilung faschistischer Gesellschaften und Tendenzen.“ Das entspricht haargenau kommunistischer Terminologie.

ZITAT

Die SPD und das Glatteis

Mit der marxistischen Theorie-Diskussion innerhalb der SPD setzt sich der Chefredakteur der „*Neue-Rhein-Zeitung*“, Jens Feddersen in einem Kommentar am 10. Juni auseinander:

Wenn dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis tanzen ... Nur ein Alltags-Spruchwort, nur eine Volksweisheit aus dem Mittelalter?

Gruppen und Grüppchen in der SPD scheinen das Esel-Eis-Spruchwort zum Motto ihrer Tagesarbeit zu machen. Nimmt man Tagesordnungen und Beschlüsse ernst — und das muß man ja wohl —, dann beschäftigen sich sozialdemokratische Gremien so gut wie ausschließlich mit folgenden Fragen:

- ① *Ob Radikale Lehrer werden dürfen,*
- ② *Ob Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten statthaft sind,*
- ③ *Ob die NATO nicht eigentlich abgeschafft werden müßte,*
- ④ *Ob nicht wieder einmal gegen Axel Springer und seine Zeitungen demonstriert werden sollte,*
- ⑤ *Ob Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen verstaatlicht werden müssen,*

Anschritt:

⑥ *Ob „die Reichen“ noch mehr zur Kasse gebeten werden dürfen,*

⑦ *Ob der „Orientierungsrahmen 85“ tatsächlich den Forderungen der reinen Sozialisten-Lehre entspricht.*

Worte wie „Klassenkampf“ und „antikapitalistische Reformen“ gehen sozialdemokratischen Delegierten so selbstverständlich über die Zunge und werden so spontan beklatscht, als ließen sich die Probleme unserer Zeit und dieser Welt mit Schlagworten aus dem Zettelkasten des Karl Marx lösen.

Die Frage drängt sich auf, ob auf sozialdemokratischen Parteitag und Konferenzen noch die Sprache der Bürger gesprochen wird.

Mehr noch: ob jene, die dort das große Wort führen und die Mehrheiten zustande bringen, überhaupt noch wissen, was den Wahlbürger des Frühsommers 1975 tatsächlich beschäftigt. Spätestens dann werden sie es wohl merken, wenn sie den zweiten Teil des Sprichwortes nachlesen: „... geht er aufs Eis tanzen und bricht sich ein Bein.“

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID